

Der politische Diskurs in Deutschland – 2024

Der politische Diskurs in Deutschland ist ein faszinierendes und vielschichtiges Thema. Er umfasst die Art und Weise, wie politische Akteure miteinander kommunizieren, ihre Standpunkte austauschen und ihre Ideen in der Öffentlichkeit präsentieren. Einen wichtigen Punkt gilt es dick zu unterstreichen, nämlich, dass in einer lebendigen und funktionierenden Demokratie dieser Diskurs wichtig ist und sich gleichfalls jeder Bürger des Landes mit unterschiedlichen Möglichkeiten daran beteiligen kann. Es ist, wie ich meine, der Kitt, welcher eine Demokratie festigt und gleichfalls zusammen hält.

Jedoch gibt es gleichwohl einige Voraussetzungen dieser politischen Aktivitäten der Bürger. Es müssen interessierte Menschen sein, die für ihr Land brennen und so ihre Ideen mit ihrem gewählten Diskurs einer politischen Beteiligung einbringen. Und das kann natürlich in jedem Lebensalter so sein. In Deutschland gibt es verschiedene Organisationen und Plattformen, die den politischen Diskurs fördern und analysieren. Dabei setzen sie sich für die kulturelle Bildung ein und bringen Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen näher zusammen. So ist der politische Diskurs ein lebendiges Feld, das ständig im Wandel ist. Er spiegelt die Vielfalt der Meinungen und Ideen wider, die unsere Demokratie prägen.

Nun ist jedoch seit einiger Zeit spürbar feststellbar, dass die Gesellschaft in Deutschland selbst im Diskurs auseinander driftet oder ist der Diskurs ausgeartet und bereits zu einem Streit um politische Inhalte mit Worten zu einem semantischen Kampf geworden. Ist der Diskurs einem unversöhnlichen Kulturkampf gewichen? Haben die Politiker mit ihrer gezielten Wortwahl für den politischen Gegner als erstes Parteiinteresse im Blick und würgen so die Bürger gedanklich davon ab, sich mit den nun mal bestehenden Problemen auseinander setzen zu wollen? Denn die politische Sprache spielt eine entscheidende Rolle im Diskurs und kann durch die Wahl der Worte die öffentliche Wahrnehmung von politischen Themen beeinflussen. Eine persönliche Diskriminierung des politischen Gegners verhindert eine sachliche Argumentation und dieses kann dazu führen, dass sich diese Wortwahl in das Gegenteil umkehrt, als das, was man erreichen wollte. So bringt man Wasser auf die Mühlen von Parteien, die versuchen, alle demokratischen Gesetze für sich zu nutzen, aber wenig zimperlich mit den demokratischen Grundregeln umgehen und diese versuchen auszuhöhlen. So ist es wichtig für jeden mündigen Bürger gut zuzuhören und zwischen den Worten und dem politischen Inhalt zu differenzieren.

Sicherlich, in der Politik wird in Diskursen verhandelt, in denen um die Gültigkeit von Sichtweisen gerungen wird. Nur wer sich in diesen Diskursen wahrnehmbar macht, kann die Mitbürger erreichen. Das bedeutet gleichwohl, dass zwar vieles möglich und sprachlich in der Argumentation umsetzbar ist, aber es soll auch überzeugen und muss glaubhaft sein. Es sollte wohl immer im Diskurs um die Gültigkeit und die Auffassungen gehen. So ist ein Trend deutlich bei fast allen Parteien erkennbar, dass die Politiker durch ihre Wortwahl bei öffentlichen Reden, Diskussionen oder Interviews quasi auf Stimmenfang sind, aber dabei den Bürger mit seinen Sorgen und Nöten vergessen. Gut, vielleicht reagiert mancher Bürger heute anders bei Opportunismus und populistischem Geschwafel, als noch vor 20 Jahren. Vielleicht sind die Menschen im digitalen Zeitalter leichter zu täuschen, zu manipulieren oder zu beeinflussen, weil man den Wahrheitsgehalt nicht direkt erkennt. Falls man Zweifel hat, eine Prüfung ist möglich, was man vielleicht auch dann tun sollte.

Diese Unsicherheit gab es früher natürlich auch schon und so stellt sich die Frage, wie glaubhaft argumentieren Politiker? Waren die Politiker in den Jahren 1980 bis 1990 in den Sachthemen in ihren Argumentationen nicht eher konsensorientiert als gegen den politischen Strich zu bürsten? Man erinnere sich (wer kann, sonst googeln) an den knorrigen Sozialdemokraten Herbert Wehner im deutschen Bundestag, welcher schon mal bei Diskussionen einen derben Spruch heraus gehauen hat, der zielgenau traf und auch schon mal eine Verwarnung auslöste. Wenn man sich heutzutage die Politiker in ihrer Art einmal genau anschaut, argumentieren diese in der Öffentlichkeit auf verschiedene Weisen, und dabei hängt ihre Glaubwürdigkeit von ei-

nigen Faktoren ab, die den Politiker aktuell wie auch früher schon ausmachten. Heute scheint es leichter zu sein, ihnen bei Schummeleien „auf die Schliche“ zu kommen, weil es für den Bürger Hilfsmittel gibt, Dinge besser nachverfolgen zu können. Liegt wohl daran, dass es beim Internet keinen „Entschuldigungsmodus“ gibt, heißt, es „vergisst“ nichts.

Die weiteren Zeilen lesen sich so, wie ein Leitfaden für einen glaubwürdigen Politiker, der transparent ohne Fehl und Tadel seine Pflicht tut. Der Titel wäre vielleicht zu wählen mit dem Wortlaut „Wie sag ich es meinen Wählern oder auch den Kolleginnen und Kollegen“. Aber im Ernst, mit einer falschen Wortwahl kann man grundsätzlich einiges „versemmeln“ und in dem Fall so potentielle Wähler vergraulen oder gar einer Kollegin bzw. einem Kollegen vor den Kopf stoßen. Im Bundestag wären die Folgen eventuell eine Verwarnung durch die Bundestagspräsidentin oder eines Stellvertreters. Wenn es doch passiert mit der falschen Wortwahl, kann man sich als Betrachter und Zuschauer bei einer öffentlichen Sitzung die Frage stellen, war es bewusst so gewollt oder hat sich die Kollegin oder der Kollege unbewusst im Ton vergriffen. Beim rhetorisch geschulten Politiker sollte der kühle Sachverstand Vorrang haben und so gibt es einige Aspekte, die durchaus die Argumentation beeinflussen.

Deswegen stützen sich glaubwürdige Politiker auf nachvollziehbare Fakten und solide Beweise. So verwenden sie verlässliche Quellen und vermeiden es, unbelegte Behauptungen aufzustellen. Eine konsistente Darstellung der Positionen muss argumentativ stimmen. Damit sind häufige Widersprüche oder Meinungswechsel abträglich für die Glaubwürdigkeit und ein absolutes No-Go. Mit einer Offenheit über ihre Absichten, Interessen und politischen Ziele, erzeugt dies beim Zuhörer Klarheit zu bestimmten Positionen. Wichtig ist auch wie ich finde, dass die Politiker offen darstellen, wie sie wofür stehen und so ein geradliniger Weg erkennbar ist. Denn eine klare, sachliche und respektvolle Kommunikation in der Argumentation punktet beim Zuhörer oder auch beim Wähler. Mit einer wiedererkennbaren Geradlinigkeit im politischen Diskurs gewinnt der Politiker das Vertrauen in der Öffentlichkeit und das prägt seine Zuverlässigkeit auf Dauer. Bricht der Politiker erkennbar Versprechen, steigt die Skepsis gegenüber seinen Aussagen und macht ihn unglaubwürdig. Sicherlich ist dies wohl auch oftmals ein Ringen mit Worten über Worte und deutet auf eine Beschreibung von Fakten und deren Reflexion im gedanklichen Diskurs des Einzelnen. Unerlässlich für seine persönliche Integrität ist die Einhaltung ethischer Standards sowie sein integres Handeln.

Insgesamt ist die Glaubwürdigkeit von Politikern, so kann man sagen, ein komplexes Thema, das von vielen Faktoren abhängt. Deswegen sollte die Bürger Dinge kritisch hinterfragen und sich auf verlässliche Informationen stützen, um fundierte Entscheidungen treffen zu können. Die Glaubwürdigkeit zu überprüfen, erfordert eine kritische Analyse und den Einsatz verschiedener Methoden. So kann man Faktenchecks zum Ansatz bringen. Für Faktenchecks gibt es unabhängige Webseiten. Diese Plattformen überprüfen Behauptungen auf Richtigkeit und Transparenz. Hinterfragen sie die Quellen, auf die sich die Politiker beziehen und prüfen die Verlässlichkeit. Gibt es unabhängige Bestätigungen? Achten sie bei den Politikern unbedingt darauf, ob diese ihre Positionen und Versprechen im Laufe der Zeit konsistent halten. Recherchieren sie über die finanziellen Interessen und Verbindungen von Politikern, ob eine Transparenz gegeben ist. Beurteilen sie das Verhalten und die Ethik der Politiker, welche etwas über die persönliche Integrität aussagen. Beziehen sie für ihre Meinungsbildung die Aussagen von Experten, Analysten und unabhängigen Kommentatoren. Bewerten sie die politische Vergangenheit von Politikern und bewerten sie ihr Handeln sowie Versprechen, welche eingehalten wurden oder auch nicht.

Legen sie unbedingt ihren eigenen, persönlichen Maßstab an die Bewertung von Politikern bezüglich einer konsistenten Glaubwürdigkeit. Denn Politiker sind vom Volk gewählte Vertreter, die streng und konform nach der Verfassung, dem Grundgesetz und ihrem Gewissen handeln sollten. Sie sind nicht um ihrer Selbstwillen in dem Amt, denn als Abgeordnete wurden sie vom Volk gewählt. Die meisten Politiker sind auch Mitglied in einer Partei, aber es gibt eben auch die sogenannten „Parteilosen“, welche nach dem deutschen Wahlgesetz auch wählbar sind.

Auch ist es unerlässlich wichtig sich in der Parteienlandschaft zu informieren und deren Parteiprogramme sich genau anzuschauen. Als Wähler muss man schließlich wissen, welche Parteien es überhaupt gibt und welche man letztlich wählen möchte, denn Wahlrecht ist gleich Wahlpflicht, zumindest sehe ich das so. Dann kann man nach der Wahl auch nicht meckern. Meistens gibt es vor Wahlen eine Wahlhilfe namens „Wahl-O-Mat“, angeboten von einer Webseite. Nach einer persönlichen, priorisierten Themen-Auswahlliste erstellt man sein „Anklickliste“ und erhält zum Schluss eine Auswertung, die einem signalisiert, welche Partei in den Themen ihrer Auswahlliste am nächsten liegt und bietet so eine Wahlhilfe. Ist schon interessant, das mal gemacht zu haben.

Selbst unter dem Aspekt, dass Politiker anderer Couleur auch in gewisser Weise Rivalen sind und auch schon mal mit harten Bandagen aktiv agieren, so sollte schon der „kleine“ Katalog der Etikette und Netiquette als Regelwerk wie beschrieben zur Anwendung kommen. Ich würde es betiteln als „Was man weiß, man man wissen sollte als versierter Politiker“, um glaubhaft zu sein.

Der politische Alltag ist im Umgangston rauer geworden und verbale Spitzen oftmals der Alltag, um den Andersdenkenden zu attackieren. Zudem fehlt es auch oft an der erforderlichen Sachlichkeit und unsachliche Behauptungen treiben eine Diskussion auf die Spitze. Wenn der Kampf mit Worten aus den Fugen gerät, eine zunehmende Polarisierung an der Tagesordnung ist, braucht man sich als Politiker nicht zu wundern, wenn sich dieser Stil einer unseriösen Sachlichkeit in der Bevölkerung reflektiert.

Aber letztendlich stellt sich die Frage, warum entfernt sich unsere Gesellschaft auseinander? Warum klappt es selbst mit dem für die Demokratie so wichtigen Diskurs in Deutschland nicht mehr so richtig? Es ist für den Konsens schlecht, wenn man den Eindruck hat, dass man selbst beim Diskurs meint, es findet ein unversöhnlicher Kulturkampf statt. Eine fair gelebte Demokratie ist offen für Kompromisse und es ist dabei wichtig, dass die Menschen trotz erkennbar anderer Meinung des anderen aufeinander zugehen. Ja, es ist in unserer Gesellschaft erkennbar, dass die Menschen weniger kompromissbereit sind und auf ihrem vielleicht verborgenen Standpunkt beharren. Es bildet sich so oftmals ein unversöhnlicher Zwist der Meinungsgegner. Auch sind die Menschen gereizter, ungeduldiger und überspitzt in unserer freien Gesellschaft, die uns allen ein Optimum an Freiheit möglich macht. Ist es trotz Wohlstand eine sich ausbreitende Unzufriedenheit, einfach deswegen, weil es nicht so läuft wie man es sich zwingend vorstellt hat? Letztendlich denke ich, dass viele Menschen in unserer unstillen, turbulenten Informationswelt schlichtweg überfordert sind und die auf sie einströmenden Informationen nicht mehr trennen und mit dem Attribut wichtig oder nicht wichtig versehen können. Durch einen ständigen Informationszwang finden sie nicht mehr die Ruhe zu sich selbst und ihr Gehirn meldet ständig „Overflow“, was sich auch durch wissenschaftlich typische Krankheitsbilder so zeigt. Man könnte meinen, es wäre auch eine neue Krankheit namens „Dateritis“ entstanden, so könnte man es leicht schmunzelnd feststellen.

Einfach gesagt, man kann zu jedem Zeitpunkt und grundsätzlich alles Politische schlecht reden. Vielleicht sind auch in dem politischen Orchester ein paar Flöten, die falsche Töne hervorbringen und sich später lobend selber dafür auf die Schulter klopfen. Gar mancher meint sogar, der Staat müsse für sie alles richten und dafür sorgen, dass es im eigenen Leben gut läuft. Falls es mal nicht so läuft, dann wird im geringsten Fall geschimpft und glatt die Demokratie infrage gestellt. Diese so „gebeutelten“ Bürger sind ein gefundenes Fressen für Politiker mit einfachen Lösungen für komplexe Probleme. Einfach deswegen, weil dann kein weiterer Denkprozess und auch kein Diskurs mehr erforderlich ist. Die Thematik der Probleme wird so speziell beim Rechtspopulismus gedanklich verschlankt, um es den Bürgern als kleine politisch schmackhafte Häppchen zum Verzehr anzubieten. Man muss jedoch auch den Politikern der demokratisch fest etablierten Parteien einen nicht unerheblichen Vorwurf machen, nämlich den, dass sie sich in einer Fantasieblase befinden, wenn sie meinen, sich mit ihren markigen Wegwerfssprüchen Zugang zu diesen politisch Entgleisten schaffen zu können, um einfach nur neue Wähler zu gewinnen. Diese Art Blabla-Politik erzeugt zumindest laute Rohrkrepierer und der interessierte Bürger notiert sich in seinem politischen Tagebuch ein paar Gummipunkte für die so argumen-

tierenden Politiker, egal aus welchem Lager kommend sie sich so disqualifiziert haben. - Entschuldigung, aber wenn ich über diese Probleme schreibe, geht selbst bei mir auch schon mal die Sachlichkeit verloren.

Bei einer Sache habe selbst ich den Glauben an den politischen Diskurs zumindest temporär verloren. Stichwort Opposition Namens CDU/CDU. Es war schon seitens Friedrich Merz ein waghalsiger Trapezakt auf der politischen Bühne im Deutschen Bundestag quasi in einer Art „Staatsstreich“ die Regierungsgeschäfte der Koalition übernehmen zu wollen und das auf eine Art und Weise, die mit Diffamierungen und persönlichen Negativbildern von Politikern in einer opportunistischen, populistischen Manier geschah. Ja, die Regierung hat Fehler gemacht. Ja, die Regierung war wenig mitteilksam. Ja, die Regierung sollte sich öffentlich nicht streiten. Ja Herr Merz, das stimmt alles. Aber der Koalition Untätigkeit vorzuwerfen hat schon einen absurden Charakter. Es gibt einen bekannten Spruch, den wohl jeder auch kennt, aber sie anscheinend nicht. Dieser Spruch lautet, „wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen“. Ja, wirklich, das haben sie gemacht. Denn, ich würde sie bitten, die 16-jährige Regierungszeit der Ära Merkel einmal zurückzuspulen. So würden sie und ihre CDU (respektive CSU) feststellen, dass vor ihrer Parteitür etliche Probleme liegen geblieben sind, die in dieser Amtszeit nicht erledigt wurden. Und wenn man in gewisser Weise gegenüber dem politischen Gegner fair bleiben will, dann bindet man ihm nicht diese Klötze ans Bein, die man selbst hat liegen gelassen, um es mal vorsichtig zu formulieren. Deswegen kann man nur konstatieren, dass es bei eigenem Leistungsmanko der CDU/CSU bei der Bewältigung von tagtäglichen allgemeinen Problemen in der zurückliegenden Regierungszeit mit zusätzlichen Belastungen durch Corona, Problemen mit der Weltwirtschaft, Turbulenzen auf dem Arbeitsmarkt, Problemen im Energiesektor und dem Krieg in der Ukraine, wie es die jetzige Koalition bewältigen musste und es noch weiter muss, wohl gar nicht funktionieren würde im Hinblick auf die angestrebte Übernahme der Regierungsgeschäfte.

Nun gibt es noch eine besondere Art der politischen Meinungsmacher. Es sind die Influencer, welche schon eine nicht unbedeutende Rolle als Meinungsführer erreicht haben. Denn sie wollen am politischen Diskurs teilnehmen und so die Meinungsbildung beeinflussen. Scheinbar sind sie erfolgreich, aber warum eigentlich? Und welche Folgen hat das für die demokratische Öffentlichkeit?

Diese Meinungsmacher namens Influencer halten sich meist in den Gefilden der sozialen Medien auf und versuchen, die Follower auf den richtigen Weg zu bringen, auf den Weg, den sie vorher festgelegt haben. Das Phänomen der Influencer hat sich in den letzten Jahren rasant professionalisiert und kommerzialisiert. Der Begriff „Influencer“ bezieht sich auf Personen, die über eigene Blogs, Videoplattformen und soziale Netzwerke einen weitreichenden Wirkungskreis aufgebaut haben und mit ihren Followern kommunizieren. So kann man zuverlässig nachweisen, dass es durch diese Voraussetzungen im letzten amerikanischen Wahlkampf identifizierbare Personen gab, die innerhalb ihres Wirkungskreises eines sozialen Netzwerkes einen Einfluss auf Informationen und Einstellungen anderer ausübten. Wenn es in übertriebenem Maße stattfindet, kann man es wohl auch als Manipulationen von Wählern bezeichnen.

Die Meinungsmacher sind im Gegensatz zu professionellen Journalisten, PR-Experten und Werbefachleuten nicht professionell aktiv und wollen einfach nur ihre Inhalte über die sozialen Medien verbreiten. Man darf dabei nicht unterschätzen, dass sie ein breites Publikum erreichen und mit ihrem Einfluss durchaus die öffentliche Meinung beeinflussen können. Aber können sie wirklich ein Gegengewicht zum Journalismus sein, also mit den Berichterstattern, denen man wohl eher eine gewisse Seriosität zutraut? Bei zunehmendem Einfluss dieser Informationsquellen der Influencer ist es jedoch allgemein schwer einzuschätzen, ob diese von Parteien oder Persönlichkeiten von Parteien instrumentalisiert werden. So ist es noch nicht wirklich absehbar, welchen Einfluss ihre verbreiteten Informationen auf die demokratische Öffentlichkeit für die Zukunft ausüben. Bei unbewusstem Kontakt ist wohl doch Wachsamkeit angesagt und eine gewisse Skepsis erforderlich. Im Zweifel ist es angebracht, Informationen mit Hilfe bestimmter Portale auf ihren Wahrheitsgehalt überprüfen zu lassen, also einen Faktencheck (z.B. auf dem Portal – <https://correctiv.org/faktencheck>) durchzuführen. Man kann natürlich auch den Fak-

tencheck bei Aussagen von unglaubwürdigen Politikern durchführen oder eben informativ einfach so.

Im Gegensatz zu den „seriösen“ Influencern gibt auf einigen sozialen Medien viele Nörgler, Hetzer, Spinner, Querulanten, Stänkerer, die ihr „Gedankengut“ an irgendwelche Adressaten desselben Kanals schicken, weil ihnen danach ist oder sie irgendwelche Kommentare nicht wirklich kognitiv verarbeiten können und so andere beleidigen, bedrohen oder einfach nur stalken. Nein, diese Menschen beteiligen sich absolut nicht an einem Diskurs, der sich in den Themen aus der Gesellschaft bildet und Vorgänge, die sich in Deutschland abspielen reflektiert.

Nun zu einem Diskurs, der sich zurzeit in Deutschland in einer doch fast abartigen Art und Weise abspielt. Dabei geht es um Themen, die eigentlich einer gewissen Geheimhaltung bedürfen, weil sonst außer Deutschland auch andere Staaten diskriminiert und gefährdet werden. Es geht um militärische Vorgänge, die direkt mit dem Krieg in der Ukraine zusammen hängen und angenommen „echte“ Vorgänge sind. Diese unsäglichen Diskussionen über Lieferungen von Waffensystemen, Waffen oder Munition, die irgendwann und irgendwo gekauft, produziert und bereitgestellt werden sollen. Das man nicht meldet, wer es denn nun weiter verteilt oder gar wer es wo und zu welcher Uhrzeit weiter verteilt, das würde dazu passen. Denn so serviert man praktisch dem Feind auf dem Silbertablett, in dem Fall Russland, alle Informationen über Absichten, Aktionen und Tätigkeiten der europäischen Allianz, einschließlich der Verbündeten England mit den USA. Ich denke, dass alle diese Vorgänge über abgesprochene Handlungen der europäischen Staaten einer gewissen Geheimhaltung unterliegen und da sollte man sich auch dran halten. Mögen auch einige Journalisten in höchsten Maße über alle Vorgänge dieser Art in frenetischem Jubel ausbrechen, weil es doch so tolle Schlagzeilen sind, aber auch dort wäre eine gewisse Sachlichkeit und Zurückhaltung durchaus angebracht. Selbst die Politiker, welche meinen, daraus parteipolitisches Kapital schlagen zu können, begeben sich auf politische Abwege, die an Selbstverrat erinnern. Nein, das ist nicht die Art wie in Deutschland sachlich diskutiert werden sollte. Dieser Diskurs signalisiert Gefahr, nämlich die Gefahr einer Entgleisung der politischen und journalistischen Akteure in unserem demokratischen Land Deutschland.

Beleuchten wir noch einmal die Veränderungen in der Gesellschaft und gleichfalls den politischen Diskurs. Die Volksparteien sind in einer sprichwörtlichen Misere und zwar deswegen, weil es immer schwerer ist, die Menschen (Wähler) von der Notwendigkeit einiger Veränderungen argumentativ zu überzeugen. Der raue politische Ton bei den Auseinandersetzungen im Deutschen Bundestag gefällt nicht wirklich und zeigt, dass es ohne Argumente im Diskurs nur schwerlich mit der Überzeugung klappt. Die schon fast panikartig geäußerte Verbalattacken der Oppositionsparteien gehen letztlich nur auf Kosten des Ansehens der Bundesrepublik Deutschland und befeuern den Zustrom der Wähler zu den rechten Parteien. Nur einfach alles schlecht reden ist in der Regel nicht mit Argumenten verbunden. Dient es dann eigentlich nur dazu von irgendwo Wähler abzuschöpfen, damit es mit den Parteiprozenten klappt? Mir hat dieser wohl eher faire und sachliche Politikstil von früher besser gefallen, auch schon deswegen, weil er ziemlich konsensorientiert war.

In dieser jetzigen, wohl eher impulsiven und lauten Atmosphäre im Diskurs der politischen Landschaft wird wohl öfter mal, so meine ich, das Pharisäertum praktiziert. Man erkennt es leicht an den Merkmalen von gebetsmühlenartigen Darstellungen vermeintlicher Veränderungen, zwar frisch in neuen Worten verpackt, aber die x-te Wiederholung von nicht zu verändernden Gegebenheiten, die sich dadurch aber ändern sollen. Wie sollte es anders sein, es erinnert einen manchmal an Sprücheklopfer von Rechtspopulisten. Liegt vielleicht auch daran, wie „der Politiker“ wahrgenommen werden möchte und er nach der Devise handelt, wiederhole ich es halt noch einmal. Aber wie wird er tatsächlich bei gebetsmühlenartigen Darstellungen in der Öffentlichkeit wahrgenommen?

In unseren deutschen Landen gibt es mittlerweile ein besonderes Problem der politischen Mitbestimmung. Bei manchen öffentlich geäußerten Meinungen Politikaußenseiter in unseren Medien meint man, dass es bei schon geschehenen politischen Veränderungen einige Bürger ger-

ne gehabt hätten, doch vorher befragt zu werden. Ganz klar, so funktioniert politische Mitbestimmung wirklich nicht. Man fragt sich natürlich auch, was diese Art Meinungen im öffentlichen Diskurs zu suchen haben. Ja natürlich, unser Grundgesetz erlaubt auch diese Art der freien Meinungsäußerung. Aber äußern sich so Demokratielegner? Kann man sie daran erkennen?

Die Politik kann und muss die Menschen von ihren Entscheidungen argumentativ überzeugen und die Bürger zum öffentlichen Diskurs auffordern. Eine Erklärung zur Notwendigkeit durch die Politiker eingeschlossen, versteht der Bürger oft mehr, als die Volksvertreter uns zutrauen. Jedoch in der heutigen Zeit steht oftmals die Zukunftsangst oder die Besitzstandswahrung zwischen dem Verstehen und der Einsicht einer Notwendigkeit von bestimmten Veränderungen, weil Veränderungen auch persönliche Einschnitte im Leben bedeuten könnten.

Sicher gibt es in Deutschland auch Menschen, die nicht willens oder fähig sind, sich mit der Politik allgemein auseinanderzusetzen. Möglichkeiten sich am öffentlichen Diskurs in Deutschland zu beteiligen gibt es jedoch reichlich. Jeder muss sich seinen politischen Weg selber suchen und von dem sollte er auch überzeugt sein. Klar, notfalls kann man ja nochmal einen Faktencheck durchführen. - Aber lassen sie sich nicht von manchen Informationen abschrecken oder in die Irre führen, welche ihren Ursprung in den sozialen Medien haben.

„Demokratie bedeutet, dass die Herrschaft vom Volk ausgeübt wird. Jeder Einzelne hat viele Möglichkeiten, sich in politische Prozesse und Entscheidungen einzubringen: Institutionalisiert in Parteien, Vereinen oder Bürgerinitiativen, durch Wahlen und soziales Engagement. Auch wer die politische Berichterstattung verfolgt und im Freundeskreis diskutiert, nimmt am politischen Leben teil.“ » Quelle: bpb

Die Demokratie steht und fällt mit der Bürgerbeteiligung am politischen Diskurs in allen Bereichen der politisch Interessierten, um gemeinsam gute Lösungen zu finden. Das Verständnis für die politischen Entscheidungen wird gefördert und zwar durch eine wahrgenommene aktive Einbindung der Bürger. Die Politiker sollten dem mündigen Bürger mehr zutrauen als eine erkennbare „[semantische Wortschlacht](#)“ in Diskussionen abzuliefern. Deswegen müssen sich mehr Bürger in den politischen Diskurs einmischen, um sich bemerkbar zu machen und den Politikern Paroli zu bieten.

In Deutschland gibt es verschiedene Organisationen und Plattformen, die den politischen Diskurs fördern und analysieren.

Zum Beispiel:

[Krise und Kritik des verständigungsorientierten Diskurses](#)

[Diskursanalyse von politischer Sprache | Sprache und Politik | bpb.de](#)

25.03.2024
WM